

Überdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Überdeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.98, monatlich 1.30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die hochgegriffene Beilage oder deren Raum 60 Wg., Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Wg., auswärtige Anzeigen 60 Wg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Montag, den 23. Juni 1919.

26. Jahrg.

Ein neues Ultimatum der Entente.

Das neue Kabinett.

Ministerpräsident: Bauer (Soz.); Außenminister: Hermann Müller (Soz.); Innerer: David (Soz.); Finanzministerium: Czerning (Zentrum); Reichswirtschaftsministerium: Wilsch (Soz.); Reichsarbeitsministerium: Schlie (Soz.); Reichsjustizministerium: Meyer-Kaufmann (Zentrum); Reichsbahnministerium: Giesberts (Zentrum); Eisenbahn und fernere Abwicklung der Kolonialangelegenheiten: Bell (Zentrum); Reichswirtschaftsministerium: Kossel (Soz.); Reichsernährungsministerium: Schmidt (Soz.). Das Reichsjustizministerium wird kommissarisch vom Unterstaatssekretär Dehler verwaltet werden. Es wird versucht, Landsberg über kurz oder lang für das Amt wieder zu gewinnen.

In dem neuen Kabinett wird die Sozialdemokratie die Mehrheit haben. Unter den neu ernannten Ministern befinden sich drei Parteigenossen, nämlich: Bauer, Hermann Müller und Schlie. Von diesen haben sich speziell zwei in der Gewerkschaftsbewegung emporgearbeitet, nämlich der Ministerpräsident selber und sein Nachfolger im Reichsarbeitsministerium Alexander Schlie.

Gustav Bauer wurde am 6. Januar 1870 in Darfheim, Ostpreußen, geboren. Von Haus aus Bureauangestellter, kam er über den von ihm begründeten Bureauangestelltenverband sehr bald an leitende Stelle der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Seit Oktober 1908 ist er zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften.

Alexander Schlie ist besonders durch seine Tätigkeit im Deutschen Metallarbeiterverband bekannt geworden, der größten deutschen Gewerkschaft, deren Vorsitzender er seit 1895 war. Seit 16. Januar 1919 ist Schlie Arbeitsminister im Württembergischen Ministerium. Geboren ist Schlie am 28. März 1868 zu Berlin.

Der neue Parteivorsitzende Genosse Hermann Müller, der das Aeußere übernimmt, wurde am 18. Mai 1876 zu Mannheim geboren. Er war von Haus aus Handlungsgehilfe. Das Portefeuille des Aeußeren dürfte er wohl erhalten haben auf Grund seiner maßgebenden Vertretung der Partei auf internationalen Kongressen, zuletzt auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

Das neue Kabinett geht den schwersten Weg. Es hat in der Abwicklung des Kaiserrotts des alten Systems die entscheidenden Verlustrechnungen durchzuführen und für eine bessere Zukunft des Volkes ungeheure Arbeit zu leisten. Wir erwarten von ihm die nötige Kraft und hoffen auf eine verständige deutsche Arbeiterklasse, die gerecht würdigt, was es will und leistet.

Scheidemann.

Wir brauchen dem Genossen Scheidemann, der aus der Reichsregierung ausscheidet, keinen Nachruf zu widmen. Der Weimarer Parteitag hat ihn wiederum in den Parteivorstand gewählt, und daß er dort sein Amt voll ausfüllt und in der Fraktion der Nationalversammlung führend mitwirkt, scheint uns selbstverständlich. Kein vernünftiger Mensch denkt daran, seine Fähigkeiten für die Arbeiterklasse ungenutzt ruhen zu lassen und Memoiren zu schreiben, während er erstweilenweder Zeit noch Grund haben. Die Unabhängigen, die ihn heute wüßter als je begeistern, — die „Freiheit“ charakterisiert ihn gehässig und dumm als den Mann mit den vier Tugenden: billigen Redensarten, schönen Worten, Witzworten und gutgehenden Köpfen — werden die scharfe Klinge, die er führt, schon noch zu spüren bekommen.

Demokraten und Unabhängige.

Die Vorgänge über das Zustandekommen des neuen Kabinetts sind durch die Ereignisse überholt. Nachstagen wäre höchstens noch das Verhalten der Demokraten, das während der ganzen Krise ein wenig Kühnliches und für das deutsche Volk wenig nützlich gewesen ist. Nachdem klar war, daß die Ablehnungspolitik einfach schon an der Stärke der Opposition scheiterte, hätten die Demokraten sich nicht länger verjagen dürfen. Statt dessen haben sie durch ein geistreiches Kompromiß- und Intrigenspiel das Land in schwerste Gefahr gebracht und die Krise zu heillosen Verwirrungen getrieben, kurzum eine Situation geschaffen, aus der ohne die Entschlossenheit unserer Parteigenossen, die Sache zu Ende zu bringen, kaum noch ein Ausweg gewesen wäre.

Auch die „Freiheit“ konnte nicht umhin, ihr Gift über die Geschehnisse in Weimar auszusprühen. Sie sagt, was in Weimar geschehe, sei Schande und Verbrechen, sei Schwärze, Kombinationen und Intrigieren, sei unstillbares Verwahrnis, jenfer Marasmus, politische Torheit und Feigheit, nationaler Verrat, bewußtes Doppelspiel, Gipfel der Schändlichkeit, frivolestes, verantwortliches Treiben, Schindluderpiel mit dem deutschen Volke, geradezu entlegentlich, Rattenstapfen, unverantwortliches Verbrechen, unerträgliches Schandspiel, Volksverräter. Dies eine kleine Blütenlese aus einem einzigen Artikel der „Freiheit“. Dabei schreibt das Blatt nach dem einen mutigen Mann. Man nehme doch irgendeinen anderen von den Dugenden der Abgeordneten, aber man mache doch dieser Minderheit endlich ein Ende! ... Einen Mann wird man doch wohl finden, der den

Mut zur Verantwortung hat und das Notwendige zu tun nicht feige zurückschreckt!

Einen Mann wird man doch wohl noch finden! Das schreiben dieselben Leute, die uns nun schon zum Überdruß erklärt haben, daß sie zwar unbedingt fürs Unterzeichnen wären, aber ebenso unbedingt auf keinen Fall selber unterzeichnen würden. Mit dieser Haltung haben die Unabhängigen zum großen Teil die kritische Situation in Weimar geschaffen, über die sie jetzt zetern. Sie schreiben nach dem mutigen Mann — und bedenken damit auf, wie feige sie selber sind.

Für die Vertragsunterzeichnung

war auch die Mehrzahl der in Weimar versammelten Generale der Freiwilligentruppen. Generalfeldmarschall Hindenburg hat ein Schreiben gesandt, in dem er sich gegen die Unterzeichnung ausspricht.

Die bayerische Regierung beschloß, daß sie nur einer bedingten Bejahung des Friedensvertrages zustimmen könne. Sämtliche Fraktionen, die Mehrheit des Zentrums, die gesamten Mehrheitssozialisten, große Teile der demokratischen Partei und der Unabhängigen, sowie der Bauernbund sind für die Unterzeichnung, also die Mehrheit des Landtages.

Die Haltung der ausländischen Sozialisten.

„Populaire“ schreibt, die französische Sozialistenpartei würde in der kommenden Kammerdebatte den Frieden nicht sanktionieren, sie werde sich der Abstimmung nicht enthalten, sondern einstimmig dagegen stimmen. Jede andere Haltung würde von unseren Gewerkschaften nicht verstanden werden.

Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Man kann es der deutschen Regierung nicht verübeln, daß sie ihre Unterschrift verweigert. Wir verlangen, daß die Arbeiterpartei Englands sofort eine ungewöhnliche Erklärung abgibt, in der gesagt wird, daß, sobald die Arbeiterpartei aus Ruher kommt, sie alles tun wird, um die schwebenden Beschlüsse der Friedenskonferenz rückgängig zu machen. Durch eine derartige Erklärung der Arbeiterpartei der Entente-Länder würde das Problem für Deutschland gelöst sein. Aber ohne diese Erklärung kann Deutschland nicht unterzeichnen.

Amerika und der Friedensvertrag.

Aus Washington wird berichtet, der Antrag Knox sei mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen worden. Mit diesem Senatsbeschluss begann die Kampagne zur Aenderung des Friedensvertrages. Die republikanischen Führer seien sicher, daß schließlich ein getrennter Friedensvertrag zwischen Amerika und Deutschland erfolge.

Bedingungslose Unterzeichnung gefordert.

Die Alliierten zeigen ihr brutales Teufelsgehirn mit jeder Stunde mehr. Kaum hat sich die neue deutsche Regierung gebildet und pflichtgemäß versucht, eine Aenderung des Vertragsent-

wurfes dahin zu erlangen, daß Deutschland nicht vor aller Welt als Befehlsnehmer der Alliierten dargestellt wird, kommt aus Versailles die Nachricht, eine Nachunterzeichnung werde den Überfall der auf dem Sprung stehenden Entente heute Mitternacht zur Folge haben. Wir brauchen hierüber kein weiteres Wort zu verlieren, die Zeitgenossen sprechen selbst, auf was man jenseits des Rheins lauert.

Versailles, 23. Juni, 12 Uhr nachts. Die Antwort der Entente auf die gestern abend überreichte deutsche Note des Ministerpräsidenten Bauer, in der die Bereitschaft Deutschlands zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ohne Anerkennung der Schuld Deutschlands am Kriege und ohne die Auslieferung deutscher Persönlichkeiten erklärt wird, ist soeben überreicht worden. Die deutschen Forderungen werden glatt abgelehnt. Minister Sautel hat in Weimar um Verhaltensmaßregeln über eine eventuelle Abreise gebeten.

„Savas“ meldet: Der Rat der Alliierten hat beschlossen, den Vormarsch der alliierten Heere Montag mitternacht zu beginnen, wenn nicht bis dahin bedingungslose Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland vorliegt.

In der deutschen Note hieß es ferner, die Regierung sehe sich genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bauern gegen ihre Loslösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzulehnen.

Die Regierung ist aber bereit, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen: Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutschen Gefangenen vom 1. Juli ab, die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und daher jede Verantwortung gegenüber den Folgen abheben, die über Deutschland verhängt werden können, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfer Anspannung deutscher Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt.

Sodann folgt der oben angezogene Vorbehalt wegen der alleinigen Urheberhaftigkeit Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgedrückt, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden: Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der Mächte, soweit er vom Völkerbund nach Artikel 4 eingeseht ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Der diesem hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten derselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie, gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.

Die Abstimmung in der Nationalversammlung.

Der Nationalversammlung lagen folgende Beschlüsse vor:

1. Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages bedingungsweise einverstanden. Im ganzen wurden 380 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 237, mit Nein 138, 5 Zettel waren weiß. Damit ist der Friedensvertrag angenommen.

2. Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus. Abgegeben wurden 393 Stimmen. Mit Ja 236, mit Nein 89, weiße Zettel 68.

Weimar, 22. Juni 1919.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichspräsident Bauer

dankt der zurückgetretenen Regierung Scheidemann und zeigt das Arbeitsprogramm der neuen Regierung an, deren erste und schnellste Aufgabe die sein muß, den Unrechtsfrieden abzuschließen. Das Programm des neuen Kabinetts wird dasselbe bleiben, das der Regierung Scheidemann zugrunde gelegen hat. Es werde rückwärtslos nach Prüfung der Sachlage und Verantwortung entscheiden und nicht nach Parteien und Stimmungen scheitern. In der schärfsten Beurteilung des uns vorliegenden Friedensvertrages, zu dem wir unter unerhörtem Zwang unsere Unterschrift geben sollen, sind wir alle einig. In dieser Stunde auf Leben und Tod angeht, des drohenden Einmarsches ergehe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Verräuchung. Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen die Verknechtung des deutschen Volkes, gegen eine neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedens-

vertrages. Wer kann sich noch Demokrat oder noch Sozialist nennen und erhebt sich nicht gegen diese Ausbeutung? Wer kann sich noch Pazifist nennen und kämpft nicht bis zum Letzten gegen diesen Friedensvertrag, gegen diese Kriegserklärung? Keine Unterschrift entrüstet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören.

Unsere Widerstandskraft ist gebrochen. Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht. Wohl aber gibt der Vertrag selbst eine Handhabe, die wir uns nicht entreißen lassen können. Ich denke an die feierliche Forderung der Entente in ihrem Memorandum vom 16. Juni, daß die Revision des Vertrages von Zeit zu Zeit einzutreten wird und er den neuvertrittenen Verhältnissen angepaßt werden kann. Das ist eines der wenigen Worte, die in diesem Friedensvertrage wirklich Friedensgeist atmen. Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung aller dieser Umstände und vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen, daß sie diese Zustimmung gibt, indem sie dem Gegner unumwunden erklärt, kein Volk und auch keine der alliierten und assoziierten Mächte können dem deutschen Volke zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung zuzustimmen, durch das ohne Zustimmung der Bevölkerung lebendige Glieder vom deutschen Reich abgetrennt, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volke unerträglich wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. Wenn sie jedoch unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weiche in dem Anschluß, dem unagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerstückung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutscher Gebiete, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. Sie erwartet in Ansehung der gewaltigen Lasten, die das deutsche Volk übernehmen muß, daß

Jämliche deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn vom 1. Juli an in ununterbrochener Folge und in kurzer Frist zurückgebracht werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgefangenen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rücksichtsloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrscheinlichkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen überschreiten das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Wir fühlen uns daher zu der Erklärung verpflichtet, daß wir alle Vorbehalte machen und jede Verantwortung ablehnen gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei scharfer Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß.

Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterschrift nicht degen. Ebenwenig kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den alliierten und assoziierten Mächten der Verletzung internationaler Gesetze und Normen von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, zur Verantwortung auszufordern. Wir nehmen an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, wenn wir offen reden, sowohl was unseren guten Willen als unsere Vorbehalte betrifft. Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und eine Verpflichtung nach Art. 227 bis 230 des Friedens zu übernehmen.

Keine Damen und Herren! Ich bin am Ende. Wir stehen vor Arbeitsjahren für fremde Rechnung, wie nie ein Volk vor uns. Wir haben vor unseren Kindern und Enkeln die Verpflichtung, Deutschland zusammenzuhalten, soweit es uns geliebt ist. Wir müssen in der Vermittlung dieser Zeit, die außer Rand und Band geraten ist, Ordnung und Regel der neuen Freiheit herstellen, unbestimmt darum, ob uns Schwärmer und Wirrköpfe in diesen wahrhaft demokratischen Bestrebungen verheizen oder nicht. Nur dank einer Vorkriegsperiode bis zur Grenze unseres Könnens, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenbleiben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur durch Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin, so schlimm das Wort auch heute wohl klingt, und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen. Es gibt keine Wundermittel und Märchen für die Gesundung eines Volkes, selbst die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen, an der wir hinfieren. Nur der Revolution unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft emporzusteigen.

Präsident Ebert sprach: Es sind zwei Entwürfe eingebracht. Der erste Antrag Schulz (Soz.) und Groeber (Ztr.) lautet: Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus; der zweite Antrag: die Nationalversammlung billigt das Verhalten der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Zoebe (Soz.): Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion in der großen Schicksalsfrage, die wir zu entscheiden haben, ist niedergelegt in folgender

Erklärung:

Die Not Deutschlands drückt uns alle, so sehr wir von einander abweichen in der Beurteilung des fürchterlichsten aller Kriege, des tragischsten aller Friedensverträge. Einig sind wir in der tiefsten Bedrängung unserer Gemüter. Gewählt hat das ganze deutsche Volk empfindet die Nationalversammlung, daß der tragische Wille deutscher Geschichte nun anhebt. Ob die dem Beschluß der Nationalversammlung bestimmend, die die neue Regierung beauftragt, die Unterfertigung des Friedensinstrumentes anzuerkennen, oder ob die die Entscheidung geben, die diesen Friedensvertrag weit von sich weisen, und erklären: Komme was da wolle, wir unterfertigen diesen Friedensvertrag nicht, in jedem Falle beginnt eine Epoche äußerer Betrübnis und nationaler Elende. Wir haben für jeden dieser Standpunkte Verständnis und wir haben Verständnis beider Ansichten in unseren Reihen. Wie aber auch die Nationalversammlung entscheidet, nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern und Kindeskindern wird ein bitteres Schicksal beschieden sein, materiell verarmt, moralisch unterdrückt, geistig gekümmert, geht das deutsche Volk durch das Tor des Friedensvertrages in die dunkelste Zukunft voller Sorgen und Leiden. Niemals wird die Schuld an diesem Kriege ausgelöscht werden. Jährliche Gewissensqualen müssen die fühlen, die an diesem Kriege schuld waren. (Sehr wahr.) Wir, die wir stets die Kriege bekämpft und die wir während des fürchterlichsten Krieges niemals die Pflicht der Verarmung vergessen, die wir in der Zeit des Siegestraumes stets für den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten sind, wir sind uns wie stets während des Krieges, so heute noch, da der jehnsüchtig erwartete, aber dornenreiche Friede von uns geschlossen werden soll, der gewaltigen Verantwortung bewußt, wenn wir dafür sind, daß dieser Friedensvertrag unterfertigt wird nur um deswillen, weil wir noch fürchterliches ehen, falls er von uns abgelehnt wird. (Sehr richtig.) Mit schwerem Herzen nach eingehender Verhandlung, nach reiflicher Prüfung aller Folgen haben wir uns dazu entschließen müssen, dieses Friedensinstrument hinzunehmen. Wir wissen, daß wir damit die Verantwortung vor der Welt auch tragen, wissen, daß wir die kommende Generation und nicht nur uns belassen, aber wenn ein unsere Kinder Rechenhaft verlangen werden für die Verpflichtungen, die wir ihnen und nach ihren Nachkommen auferlegen, so sagen wir ihnen heute, daß für all dieses Unglück nicht die Verantwortung tragen, die jetzt dem fürchterlichsten aller Kriege ein Ende machen, sondern jene, die ihn herbeigeführt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kapitalismus und der Imperialismus haben diesen Krieg hervorgerufen. Sie schlugen der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt durch den uns aufgebungen Frieden tiefe Wunden. Wir können jetzt nicht anders, aber über sein Können kann niemand verpflichtet werden. Jede Widerstandsfrist gegen diesen Friedensvertrag setzt uns und deshalb müssen wir ihn ertragen. Wir wissen, daß es uns auch beim besten Willen und eifrigen Bemühen nicht möglich sein wird, die Bedingungen auszuführen. Wir sind der Überzeugung, daß die Feinde zu der Erkenntnis gelangen werden, daß viele Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können. Die sozialdemokratische Partei hat sich seit dem Zusammenbruch des alten Deutschlands der Erkenntnis nicht verschließen, daß unsere Volkstreue nicht auf sich nehmen müssen, um zum Frieden zu gelangen. Die Reichsregierung hat alles getan, den gegnerischen Regierungen die Unausführbarkeit ihrer Friedensbedingungen nachzuweisen. Unsere Parteigenossen in Frankreich, England und Italien und alle sonstigen Freunde eines gerechten und deshalb dauerhaften Friedens in allen Ländern haben tranchen eingeschrien und unüberlegbar beständig Einspruch gegen die Friedensbedingungen erhoben. Aber alle diese Bemühungen haben keinen Erfolg gehabt. Die sozialdemokratische Partei hat stets die Zustimmung der Staatsmänner des alten Schlasses bekämpft. Jetzt, da wir in unseren jungen Freiheiten die Mehrheit in der Nationalversammlung und der Reichsregierung geworden sind, verlangen wir, daß die Regierung mit der früheren Unausführbarkeit und Unausführbarkeit im Verkehr mit den Völkern endgültig bricht und nicht formale Verträge abschließt, um sie später beiseite zu lassen. Der neue Friedensvertrag soll vielmehr für alle Völker, alle auch für uns, unabdingbares Gesetz, unerschütterliche Grundlage einer neuen Volksgemeinschaft werden. Die Arbeit einer offenen aber bedachten Wertschätzung der Friedensbedingungen darf niemals wieder im deutschen Volk noch in der Regierung aufkommen. Im Unmündigen Gegensatz zu unseren Grundgesetzen bewegen die

lichen Teilen undurchführbaren Friedensvertrages. (Zuruf rechts: Na allo!) Vermeiden wir sie, so wird der Krieg von neuem entbrennen. Wir müssen uns deshalb entschließen, ob wir einen Weltfrieden (schreiender Ruf) unterzeichnen oder ob wir unser Land und unser Volk grausamer Kriegesleiden wehlos ausliefern wollen. Gabe es ein Mittel, die undurchführbaren Friedensbedingungen von unseren Völkern fernzuhalten, keiner von uns würde zögern, von ihnen Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber es gibt keine Möglichkeit. Wir wollen und wir können unser Volk nicht von neuem zu den Waffen rufen. Unser Volk ist durch den langen Krieg wirtschaftlich, körperlich und seelisch zu sehr zermürbt, unsere Kriegsgefangenen mühen auf unabherrschbare Zeit in fremder Knechtschaft zu schmachten haben. Weitere Hunderttausende von Menschen würden in den Tod getrieben, unser Land würde zu einer Wüste, die Entee vernichtet, unsere Wirtschaft ihrer letzten Werte beraubt. Die Zufuhr von Lebensmitteln wäre abgebrochen, unsere wichtigsten Eisenbahnlinien lahmgelegt, auch die Verfügung über unsere Lebensmittel im Inland würde zur Unmöglichkeit gemacht werden. Unsere Gegner können uns unsere letzte Kohle rauben und alle Betriebe stilllegen. Einem solchen fürchterlichen Druck vermag unser Volk nicht lange Standzuhalten. Jeder tödliche Widerstand aber würde nach den brutalen Regeln des Kriegesrechtes zu unübersehbarer Hungersnot und Zerstörungen führen. Nach kurzer Frist müßten wir uns bedingungslos unterwerfen und doch den Frieden unterzeichnen, der noch härter werden würde. (Sehr richtig!) Die gegnerischen Regierungen würden ihre Hebermacht zur Vernichtung aller Friede, die die Revolution unserem Volke gebracht hat, ausnützen. Sie würden das deutsche Reich völlig zerstücken und der dauernden Fremdherrschaft unterwerfen. Das arbeitende Volk würde in den doppelten Lagen des schmerzlichen Arbeitszwanges und des Hungers krankheitslos ausgebeutet werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn wir aus diesen Ermägungen die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Krieges. Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entsetztes, verzweifeltes Volk ist arbeitsunfähig. Ein verarmtes Volk ist aber nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger. (Sehr richtig!) Deshalb muß, was in den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlichen Verhandlungen durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. Will man das deutsche Volk befehligen, so viel von dem Friedensvertrag, als überhaupt möglich ist, durchzuführen, dann darf man die weitgehende Sozialreform in Deutschland nicht vernichten, und nicht ihre Weiterentwicklung aufhalten. Kapitalistische und imperialistische Gegner haben diese Fortbildung der sozialen Reform in Deutschland immer mit Furcht und Mißtrauen verfolgt, weil sie ihren eigenen Arbeitern und Arbeiterinnen das Verlangen wolle, was die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur Sicherung unserer Arbeiterklassen gegen die Verarmung durch den Kapitalismus erzwingen haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Deutschland war den Staatsmännern der Entente als Vorkriegs- und Zukunftsland des Sozialismus und Imperialismus abgekauft durch Friedensbedingungen, die der deutschen Arbeiterklasse den Weg zur Erreichung des Sozialismus versperrten wollen. Es ist deshalb das höchste Schicksal der sozialdemokratischen Partei, der Vorkämpferin der Volkserhebung und Verbrüderung, für diesen unheilvollen Friedensvertrag stimmen zu müssen. Niemals mehr als in dieser Stunde empfinden alle unsere Glieder unserer Partei, daß wir bei aller Treue zur Internationale zu unserem Volke stehen und daß wir bereit sind, für unser Volk einzustehen und ihm alles zu opfern. (Beifall bei den Soz.) Im befehligen Abstand haben sich die Arbeiter als die treuesten Hüter unserer nationalen Gemeinschaft bewährt. (Bravo! bei den Soz.) In Not und Gefahr ohne Furcht vor Kerker und Deportation, sind sie immer für die Einheit des deutschen Volkes. Wie die großen Kämpfer unsers Sozialismus, Marx und Engels, Bebel und Reuter im Gegensatz zu Bismarck und Großpreußen, so sind wir ein für ein Groß-Deutschland, für die Einheit aller Völker der Donau und an der Elbe, an der Weser und an der Rufe, an der Oder und an der Weichsel von einer deutschen Mutter deutsche Sprache gelernt haben. In dieser Schicksalsstunde verlangen wir für eine bessere Zeit die Vereinigung mit unseren durch noch ärgere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Subetländern. Wie in Wien und Klagenfurt, in Bozen und in Meran. (Beifall.) Je tiefer das deutsche Volk niedergebückt ist, desto treuer werden die deutschen Arbeiter zu ihm stehen. So hart die Friedensbedingungen auch sind, wir werden zeigen, daß deutsche Wissenschaft und Kunst, deutsche Technik und deutsche Arbeit unser Volk wieder aufbauen und seine geistige und soziale Erneuerung bringen werden. Bejüngt durch die Ideale des Sozialismus, gestählt durch die Not, wird die deutsche Arbeiterklasse trotz des Ungehörten, das der Friedensvertrag ihr zumutet, alles an die Wiebergeburt des deutschen Volkes legen. Wir wollen nicht mehr gefürchtet werden vom Feinde, sondern achtet und geliebt von Freunden. (Beifall bei den Soz.) Die Welt liegt in Trümmern, wir wollen sie neu aufrichten helfen im Geiste der Völkervereinigung auf der Grundlage des Rechtes im Sinne der ewigen Idee der Gerechtigkeit. (Beifall bei den Soz.)

Der Antrag Schulz: Zoebe und Groeber liegt nunmehr in folgender Fassung vor: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Groeber (Ztr.): Die Zentrumsfraktion stimmt den Erklärungen der Regierung zu und wird die neue Regierung unterstützen.

Schiffers-Flaggeburg (Dem.): Die überwiegende Mehrheit meiner Partei hat sich entschlossen, dem vorliegenden Antrage ihre Zustimmung zu verweigern.

Graf Balchowsky (deutschnat. Vp.): Wir können der neuen Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen.

Ministerpräsident Bauer: Ich kann die Zustimmung geben, daß die Regierung alles tun wird, um den Schicksal unserer deutschen Landsleute sicherzustellen. Wir fühlen uns eins mit unseren Landsleuten, auch wenn sie in eine fremde Staatszugehörigkeit gezwungen werden.

Haase (U.S.): Der Friedensvertrag entspricht auch nicht nach den gemachten Konzeptionen unseren Grundgesetzen. Wenn wir ihn trotzdem annehmen, so geschieht es unter der zwingenden Gewalt. Wenn wir ihn aber bei größter Anstrengung nicht erfüllen können, müssen die Gegner sich damit abfinden.

Kahl (Dsch. Vp.): Die deutsche Volkspartei lehnt einmütig diesen Frieden ab.

Höring (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Gebietsstelle, die durch diesen Friedensvertrag unmittelbar vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich zu erklären: Wir erheben laut tiefsten Schmerzes unsere Stimme, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Zustimmung unserer Heimat zum Russische Protest zu erheben. Aber um unsere Heimat nicht zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt, daß wir und diejenigen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung geschickt haben, deutsch sind und deutsch bleiben werden. Wir werden auch unser Lebenlang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Nachgeben eines kühnlichen und hehrerfüllten Siegers von der Heimat getrennten Gebiete den Weg zum Vaterlande zurückfinden werden. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Unter großer Unruhe wird danach zur Abstimmung geschritten. Die hatte folgendes Ergebnis:

Es wurden 238 Stimmen abgegeben, davon stimmten 237 mit ja und 1 mit nein, 5 enthielten sich der Stimme. Die

Die Mehrheit für die Unterzeichnung bestand aus Sozialdemokraten, Zentrum, Unabhängigen und einer Minderheit der Demokraten.

Deutsche Kriegsschiffe versenkt.

Eine folgenschwere Tat wird aus dem Haag berichtet: Nach einer Meldung der englischen Admiralität wurden alle in Scapa Flow internierten Schiffe und Panzerkreuzer mit Ausnahme der Baden von ihren Besatzungen versenkt, desgleichen fünf kleine Kreuzer, während sie die übrigen drei durch Schleppboote auf den Strand setzen ließen. Dasselbe haben sie mit 18 Torpedojägern getan. Der Rest wurde versenkt. Vier treiben noch. Einige Schleppboote weigerten sich, zu gehorchen, worauf auf sie geschossen wurde. Einige Deutsche wurden getötet, andere verwundet. Neuer fest hinzu, es seien alle Vorbereitungen getroffen gewesen, um die Schiffe am Tage der Unterzeichnung zu versenken; die deutsche Besatzung sei dem nur zuvor gekommen. Der deutsche Vizeadmiral und die meisten Deutschen von den Besatzungen befinden sich in Haft auf den englischen Kriegsschiffen.

Die kriegsgeheerlichen Blätter nennen das Ganze eine deutsche Tat! Sie jubeln über einen Wahnsinnsakt, der uns noch eine schwere Suppe einbroden wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Alliierten sagen, Deutschland sei durch dieses Vorkommnis nicht vertrauensfähig und daß sie weitere Schlüsse ziehen, die das deutsche Volk fühlen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks?

Die Eisenbahner nahmen fast überall die Arbeit wieder auf. Der Verkehr ist nicht behindert. Ein Beamter und ein Arbeiter sollten dem Präsidenten der Eisenbahndirektion als Beirat beigegeben werden. Der Minister erklärte, daß er gegen ein Aufweichen der Arbeiter in höhere Stellen nichts einzuwenden habe. — Das ist doch eigentlich selbstverständlich.

4 300 Millionen Mark Fehlbetrag

werden die preussischen Staatsbahnen voraussichtlich dieses Jahr aufweisen. Die letzten Tarifierhöhungen sollten 1,4 Milliarden Mark einbringen, doch wird dieser Betrag nicht erreicht werden. Wie im Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung ferner mitgeteilt wurde, kostet eine Lokomotive, die früher für 70 000 Mk. geliefert wurde, heute 400 000 Mark. Dabei können sich die Fabriken unter den unsicheren Verhältnissen noch nicht einmal zu festen Preisen verpflichten.

Oesterreich.

Beworsthende Befestigung Wiens.

Wie per „Neue Tag“ erzählt, ist die Entente entschlossen, Wien zu besetzen durch zwei italienische und eine französische Division. Diese Maßregel wurde notwendig, da die ungarische Räteregierung angeblich einen Vorstoß gegen die Bahn Ludenburg—Oberberg plane. Die ungarischen roten Truppen wurden bereits von der Südfront abgezogen, um für die neue Aktion verwendet zu werden. Von dem Vorhaben wurde die Entente in Kenntnis gesetzt und sie werde die nötigen Gegenmaßnahmen ergreifen.

Frankreich.

Strajkenrückbildung französischer Matrosen.

Kentel meldet aus Brest, daß die Rückkehr des Linien Schiffes Nulice aus Sebastopol am Mittwoch dort zu einer Straßendemonstration von Matrosen mit roten Fahnen führte. Um 8 Uhr abends erbrachen 200 Matrosen die Tore der Kaserne, wo Matrosen der Justice gefangen saßen, und verhafteten, sie zu befreien, was durch herbeigeholte Infanterie vereitelt wurde.

S-Stunden-Tag.

Die französische Kammer hat den 8-Stunden-Tag für Arbeiter entsprechend der Vorlage der ursprünglichen Fassung, die von der Arbeiterschaft als zufriedenstellend bezeichnet worden ist, einstimmig angenommen.

Finland.

Krieg zwischen Rußland und Finnland.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß es zwischen Finnland und der Sowjetregierung zum offenen Bruch gekommen ist. Eine Note, die der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, an die finnische Regierung gerichtet hat, trägt den Charakter der Kriegserklärung. Finnland habe sich als Helfershelfer der Reaktion bewiesen. Aus diesem Grunde habe die Sowjetregierung, deren Recht es sei, durch die Revolution die kapitalistische Wirtschaftsordnung der Welt zu beseitigen, die Pflicht, mit Waffengewalt gegen Finnland vorzugehen.

Aus Süden und den Randgebieten.

Montag, 23. Juni.

Vorschläge zur Erleichterung beim Einkauf von teuren Lebensmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung.

Bei den überaus teuren Preisen für Lebensmittel taucht immer wieder der berechtigteste Wunsch der minderbemittelten Volksschichten auf, die Preise nach dem Einkommen abzustufen. Dieser an sich gewiß sehr berechtigteste Wunsch löst aber auf große technische Schwierigkeiten, da die Einkommensteuerverhältnisse in Lübeck recht eigenartig liegen. Von 23 475 Steuerzahlern

bis zu 2 000 Mk.	14 780 Personen
bis zu 3 000 Mk.	19 999 Personen
bis zu 4 000 Mk.	20 590 Personen
bis zu 5 000 Mk.	21 330 Personen
bis zu 10 000 Mk.	22 532 Personen

so daß 943 Steuerzahler über 10 000 Mk. vorhanden waren. Wollte man nun die Minderbemittelten beim Einkauf entlasten und den Besserstimmten Zuschläge auferlegen, so würde das eine ungeheure bürocratische Arbeit zur Folge haben, die praktisch wenig einbrächte. Es müßten sowohl zahllose Bureaufträge angenommen wie auch Ausweiskarten, Legitimationen usw. gedruckt werden, die dem Staate sonst kosteten, daß der Nutzen dieser Maßnahme weit gemacht werden würde.

Hier komplizierteste Ermäßigung aller Einkommen von über 5000 Mark einen Steuerzuschlag auferlegen würde.

Die Einkommen aus diesem Steuerzuschlag dürften nur verwendet werden, um beim Einkauf von teuren Lebensmitteln eine Ermäßigung des Preises für die Minderbemittelten herbeizuführen, wobei der Arbeiter über den Eingang und die Verwendung dieser Steuerzuschläge ein Kontrollrecht haben müßte.

Wir hatten diese Vorschläge der Besteuerung der höheren Einkommen schon darum für sehr beachtenswert, weil die Stabilisierung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen sehr schwierig ist. Dafür nur zwei Beispiele: Von den 23 475 Steuerzahlern versteueren 21 330 ein Einkommen bis zu 5000 Mark. Es bleiben nur 2145 Personen übrig, die über 5000 Mk. versteueren. Würde man nun darangehen und für jene 19 999 Steuerzahler, die bis 3000 Mark Einkommen haben, den Preis des Auslandswehles von 2,40 Mk. auf 1,20 Mk. pro Pfund, also um die Hälfte, herabsetzen, allen Personen aber, deren Einkommen 3000 bis 5000 Mark beträgt, den vollen Preis zahlen lassen, so würde dem Steuerzahler mit über 5000 Mark Einkommen das Pfund Auslandswehl 13,59 Mark kosten. Nach der gleichen Berechnung des Auslandswehles 28,31 Mark, bei einem zugrunde gelegten Preis von 5 Mk. für das Pfund. Wir halten den Weg der Besteuerung der höheren Einkommen für den gangbarsten, obgleich auch dadurch nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Die Verleger sämtlicher Tageszeitungen Lübecks haben neben einer Erhöhung der Verkaufspreise für die Zeitungen vom 1. Juli ab den Einzelverkaufspreis für Zeitungen auf 15 Pfg. erhöht. Die Erhöhung erscheint angebracht, da die fortgesetzten steigenden Unkosten verhängnisvoll sind.

Ein Aufruf an die Bevölkerung Lübecks erklärt der Rat der vereinigten Berufe am Sonntag in den hiesigen Blättern, worin alle Mitglieder der ihm angehörenden Berufe zum Eintritt in die Bürgerwehr aufgefordert werden. Obgleich die Bürgerschaft die Gründung der Einwohnerwehr noch nicht beschließen hat, wird hier schon die Werbung vorgenommen. Den Arbeitern sollte das nicht nur zu denken geben, sondern sie auch veranlassen, wenn der Aufruf unferneits an sie ergeht, sich unerschrocken zur Einwohnerwehr zu melden, wenn sie nicht wollen, daß sich nur das Bürgertum bewaffnet.

Kohlenverteilung. Die Kriegsamtsstelle Altona wird mit dem 30. Juni d. J. aufgelöst, die auf eine bestehende militärische Abwicklungsstelle. Die bisherige Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle Altona einschl. der Abteilungen Gas und Elektrizität, wird am 1. Juli 1919 auf die Zivilverwaltung überführt. Sie wird unter dem Namen „Kohlenverteilung Altona“ als amtliches Organ des Reichskommissars für die Kohlenverteilung Berlin, für den hiesigen bewirtschafteten Bezirk, umfassend Schleswig-Holstein, Lauenburg, Bremen, Lübeck, Ostpreußen, Pommern und beide Mecklenburg bis auf weiteres bestehen bleiben. Das Verwaltungsgebiet der Kohlenverteilung bleibt unverändert mit den gleichen Aufgaben und Befugnissen wie bisher. Die Kohlenverteilung bleibt zunächst in ihren jetzigen Räumen in Altona, Gebeistr. 1, doch ist beabsichtigt, ihren Sitz demnächst nach Hamburg zu verlegen.

Einziehung von 50-Mark-Noten. Die von der Reichsbank ausgegebenen Noten zu 50 Mk. mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 sollen aus dem Verkehr gezogen werden und ist es deshalb vorteilhaft, sie möglichst bald einer Dienststelle der Reichsbank, bei einer öffentlichen Kasse oder bei einem Geldinstitut zum Umtausch vorzulegen.

Warnung vor Geschäftsverbindungen mit dem bolschewistischen Rußland ist der Handelskammer zugegangen und kann in deren Kanzlei von Interessenten eingesehen werden.

Rechnungsabrechnung. Die am 28. Juni zahlbaren Steuerbeiträge (H. B. K. Renten) werden ausnahmsweise schon am 24. Juni gezahlt.

Schadensersatz für bei den Lebensmittelunruhen entstandene Schäden. Die Lebensmittelunruhen am vorgelagten Sonntag haben den Verein Lübecker Wirte und den Verein der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgebung als die Interzessoren der hiesigen Wirte veranlaßt, unverzüglich an Senat und Bürgerschaft heranzutreten. Die Eingaben an beide Körperschaften befaßten sich mit der Frage des Ersatzes der etwa 20 Lübecker Wirten zugefügt, zum Teil sehr erheblichen Schäden. Aus Billigkeits- und Rechtsgründen wird die Entlastung dieser Schäden aus öffentlichen Mitteln beantragt, indem insbesondere die unzuverlässigen und mangelnde Organisation der staatlichen Maßnahmen zum Schutze des privaten Eigentums und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe betont ist. Die Eingabe an den Senat enthält gleichzeitig die Anfrage, welche Vorkehrungen beabsichtigt seien, um zu verhindern, daß Lebensmittelverteilung und Landfrieden von ähnlichen Störungen heimgeschützt werden. Die Eingabe weist auf die Notwendigkeit hin, ohne Verzug eine hinreichende Einwohnerwehr zum Schutze des öffentlichen und privaten Eigentums und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ins Leben zu rufen.

Diebstahl. In der Nacht vom 22. d. Mts. wurde aus dem Vorgarten eines Hauses am St. Jürgenring 1 Rorbüffel und 3 Affen mit bunten geblühten Beugungen gestohlen. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Wopsum, welches nicht allein seiner Dienstherrin, sondern auch die bei letzterer verkehrenden Gäste bestohlen hatte.

Wegen Betruges wurde ein in der alten Trennanstalt wohnhafter Arbeiter festgenommen. Der Festgenommene hatte eine in der Vorstadt St. Lorenz belegene Wirtschaft angekauft, wo er bald mit einem neu hinzugekommenen Gast in ein Gespräch kam. Dieses drehte sich schließlich um einen Butterhandel. Schließlich kaufte der Festgenommene von dem angeblich unbekannten Gast, der aber zweifellos ein Komplize des Festgenommene ist, eine Kiste, enthaltend 25 Pfund Butter. Die Butter sollte einige Stunden später in derselben Wirtschaft gegen Bezahlung zur Ablieferung kommen. Beide fanden sich auch zur festgesetzten Zeit ein, doch hatte der

Festgenommene kein Geld, um bezahlen zu können. Er mußte aber den Wirt für die Sache zu interessieren, der auch die Butter bezahlte, sie aber als Sicherheit vorläufig in seinen Besitz nahm. Als die Butter zur festgesetzten Zeit nicht abgeholt wurde, strengte dem Wirtseigenen auf und er unterwarf den Inhalt der Kiste. Hierbei fand er, daß sich in derselben nur eine dünne Schicht Butter befand, während der übrige Inhalt aus einer artigen Masse bestand. Daß beide Betrüger unter einer Decke steckten, geht daraus hervor, weil der Festgenommene selber die Kiste bei Abnahme untersucht und den Inhalt für sehr gute Butter befunden haben will.

Schlutup. Fahndungskommission. Nachdem die Fahndungskommission ihre Tätigkeit vorläufig eingestellt hat, ging sie daran, die am Montag beschlagnahmten Lebensmittel, die zum Teil dem Verderben nahe waren, an die Bevölkerung Schlutums zu verteilen. Besonders berücksichtigt wurden Kinder unter 1 Jahr, schwangere und stillende Frauen, Kranke und über 60 Jahre alte Personen. Um Bevorzugungen vorzubeugen, mußte Geburtschein, Stillchein und Krankenchein vorgelegt werden. Am gleichen Tage trat die Kommission mit den in Frage kommenden Geschädigten zusammen. Aufgabe der Kommission war es, möglichst allen Geschädigten gerecht zu werden, welches auch im vollen Umfange gelang. Die Kommission betrachtet ihre Tätigkeit vorläufig als beendet; bis sie mit den nötigen polizeilichen Vollmachten versehen ist, um dann auf dem Gebiete weiter zu arbeiten.

Travemünde. Eine gut besuchte öffentliche Volkssammlung der werktätigen Bevölkerung tagte im Kolosseum. Tagesordnung: 1. Ernährungsverhältnisse. 2. Wahl der Ernährungskommission. Zu Punkt 1 sprach Genosse Sagestein jr. Auf die Lübecker Bewegung zurückgehend, erläuterte er die trostlosen Zustände der arbeitenden Bevölkerung. Die Regierung hätte nicht den Mut gehabt, derartige Verhältnisse zu beseitigen. Das Bad könne nicht geschlossen werden, weil man die Angestellten nicht brotlos machen wolle. Den Kurgästen dürften nicht mehr Lebensmittel zur Verfügung stehen als jedem Arbeiter verabfolgt würden. Bei der Wahl müßte die größte Vorsicht geübt werden. Redner schloß mit den Worten: Gleiches Recht, gleiche Pflicht, gleiche Arbeit. Genosse Süße führte die wunden Wunden auf und bemerkte, daß die hiesigen Hotelwirte zwei fleischlose Tage eingeführt hätten. Für ausfällige, gewissenhafte Mitteilungen an die Kommission müsse Sorge getragen werden. Genosse Hans Sagestein teilte die Ansicht der Straßenbahner mit, nach hier zu marschieren, was unter allen Umständen zu vermeiden sei. Die Genossen Feldmann und Schmidt traten für bessere Verpflegung der hiesigen arbeitenden Bevölkerung ein und Genosse Müller für die Lübecker werktätigen Arbeiter. Ein vom Genossen Tengel gestellter Antrag, es der Kommission zu überlassen, wie die beschlagnahmten Lebensmittel zu verteilen seien, da dieselbe gerecht handeln würde, fand einstimmig Annahme. In die Kommission wurden gewählt die Genossen Tamara, Galsch und Welschert vor hier; Süße, Rüdrik und Langen. Rüdrik verbleibt in der Kommission.

Schafstahl. Die Scheune des Landmannes Wilkens zu Porendorf bei Storfendorf ist vollständig niederverbrannt. Als Ursache ist Brandstiftung durch Schafstahl festgestellt. Die Schafe wurden nachts auf die Scheunendiele getrieben. Ein Schafstahl, der die Scheuneheit scheinbar genau kannte, drang in die Scheune ein und schlachtete ein Schaf ab, dann steckte er die Scheune an. Ob dies aus Fahrlässigkeit oder mit Absicht geschah, ist noch nicht festgestellt. Einige Schafe fanden in den Flammen den Tod. Die Scheune brannte bis auf den Grund aus. Am Wohnhaus konnten die Flammen noch gelöscht werden, als sie nach dort überzogen wollten. Der Schaden ist zwar durch Versicherung gedeckt, doch nicht in dem Umfange, wie er durch die heute künftigen Preise wirklich entstanden ist. Die Nachforschungen haben bereits zur Ermittlung und Festnahme des Täters geführt.

Renfeld. Diebstahl. Am nahen Bohnsdorf brach ein Dieb in das Haus des Arbeiters Petersen in der Frühe ein. Eine größere Summe Geldes fiel ihm zur Beute. Hier ist wieder einmal das Mißtrauen gegen die Sparkassen und Banken schwer bestraft worden.

Neustadt. Im Feuer umgekommen. In Heringsdorf wurde die Wita des Feuerzuges Nissen ein Raub der Flammen. Das Dienstmädchen kam in den Flammen um. Hamburg. Von Einbrechern erbeutet. In vergangener Nacht brachen zwei Einbrecher bei einem Gastwirt ein. Der Besitzer wurde durch das Geräusch aufgeschreckt, ebenso seine erwachsene Tochter. Beide stellten sich den Einbrechern gegenüber, um sie zu verhaften. Als die Eindringlinge sich entsetzt sahen, feuerten sie Revolverkugeln auf Vater und Tochter ab. Bartels brach tödlich, in die Brust getroffen, zusammen. Seine Tochter erhielt einen Streifschuss am Daumen, und als sie noch aufrechtstand einen Schlag mit einem Revolver ins Gesicht. Darauf verschwand die Räuber. Bartels wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er bereits in der Nacht verstarb. Die Wut hat sehr schnell durch die Festnahme der beiden Mörder ihren vorläufigen Abbruch gefunden. Der Sohn des ermordeten Gastwirts ging selbst auf die Suche nach den Mördern, die er bei dem nächstgelegenen Ueberfall flüchtig gesehen hatte. Zufällig sah er in der Thalfstraße einen der beiden Mörder beim Verkauf der Briefstasche seines Vaters. Er benachrichtigte die Polizei und veranlaßte die Festnahme des 19jährigen Seemanns Goldmann. Bald darauf gelang auch die Verhaftung des zweiten Täters, des gleichaltrigen Mariniers Eichenwald, der an der Ecke der Danzigerstraße seinen Komplizen erwartete. Beide Täter sind gefährlich. — Vom Spiel in den Tod. Im Osterkessel fiel ein Knabe beim Spielen ins Wasser. Nach Verlust mehrerer Minuten rißte man den Jungen aus dem Wasser. Sofort angestellte Wiederbelebungsvorkehrungen waren leider erfolglos.

Töndern. Einem unerhörten Schleichhandel mit Schweinen ist die Polizei auf die Spur gekommen. Beschlagnahmt wurden auf dem Hofe „Ingholm“ 29 geschlachtete Schweine in zwei weiteren Partien 9 und 17 Schweine, die noch geschlachtet werden sollten. Eigentümer des Hofes ist ein Werderländer, bei dem bereits vor einigen Monaten größere Mengen Lebensmittel beschlagnahmt worden waren. Die Schweine hatten durchweg ein Lebendgewicht von 200—220 Pfund.

Odenburg i. Gr. Der Odenburgische Landtag und Finanzrat arbeiten in den letzten Wochen mit Hochdruck, um ihre Arbeiten mit Wochenabschluss fertig zu bringen, da man nicht wußte, wie es mit dem Friedensschluß wird. Wird nicht fertig, so muß der Landtag seine notwendigen Arbeiten fertig haben, weil für Odenburg mit baldiger Bekräftigung gerechnet werden muß. Am Freitagabend wurde die 9 1/2 Uhr getagt und am Sonntagabend fand die Schlußsitzung statt. Für das Fürstentum Lübeck fand noch durch den selbständigen Antrag des Hg. Fid. (Soz.) der Gesetzentwurf Artikel 102 § 1 der revidierten Gemeindeordnung vom 30. März 1876 eine wichtige Aenderung statt. Der Landesauschuss besteht aus 26 Abgeordneten. Auf ihre Wahl finden die Vorschriften des Gesetzes für den Freistaat Odenburg vom 29. Januar 1919, betreffend die Wahlen zur verfassunggebenden odenburgischen Landesversammlung, entsprechende Anwendung. Für die Wahl sind 2 Abschnitte der Wählerliste für die Wahl zur verfassunggebenden odenburgischen Landesversammlung zu benutzen. Den Tag der Wahl bestimmt die Regierung. Dieses ist der wichtigste Teil des Gesetzentwurfes. Für ihn stimmten die Sozialdemokraten und Deutsch-Demokraten. Mit dem früheren Großerzog wurde folgender Vertrag beschloffen: Der frühere Großerzog überläßt der Provinz Odenburg leihweise seine Gemäldegalerie bis nach dem Ableben des Erbgroßerzogs, alsdann kann der Staat die Galerie für 5 000 000 Mark erwerben. Der gesamte Freistaat übernimmt die Pensionen und Ruhegehälter der früheren Hofbediensteten. Die Provinz Odenburg zahlt jährlich eine Rate von 150 000 Mark, fñhrt der Großerzog, dann noch 75 000 Mark, fñhrt die Großerzogin, noch 50 000 Mark bis ans Lebensende des Erbgroßerzogs. Ferner erhält der Großerzog das

Gutiner Schloß mit Park und sämtlichen dazu gehörenden Gebäuden. Die Lieferung von Brennholz und Meißig an das Gutiner Schloß, welches früher jedes Jahr erfolgen mußte, wurde auch ferner noch Großerzog verlanat. Dieser Wert in Friedenszeit von 20 000 Mark soll mit 250 000 Mark abgelöst werden. Gegen diesen Vertrag stimmten die Sozialdemokraten und der Hg. Ennelling (Zentrum). Als Ministerpräsident wurde der Dem. Tanken-Bering, als Arbeits- und Verkehrsminister Meyer (Soz.), ferner Driever (Zentrum) und der frühere Finanzminister Gräpel gewählt. Der Minister Scheer, der 11 Jahre als Minister tätig war, scheidet aus. Die Landesversammlung konstituierte sich als Landtag bis zum Ablauf des Jahres 1921. Auf Antrag Behrens (Soz.) wird der Landtag nicht geschlossen, sondern nur vertagt und erhält der Landtagspräsident den Auftrag, den Landtag nach Bedarf, spätestens Anfang November, zu berufen.

Neueste Nachrichten.

Abendliche Mütterliche. Berlin, 23. Juni. Die konzentrische Schimpfkanone, mit der die alldeutsche Presse das neue Kabinett begrüßt, nimmt Dimensionen an, die in der deutschen Journalistik noch nicht dazugezählt sind. Die „Berliner Reichs-Nachrichten“, ein der radikalsten alldeutschen Regblätter überschreibt seinen „Begrüßungsartikel“ mit den beiden Überschriften: „Zum Glück geboren!“ „Das neue Kabinett ist mit dem politischen Reformator.“ Mit dem Verweiser ist Großerzog gemeint, der weiter der „unwiderrufen anerkannt größte Schurke in Deutschland“ genannt wird. Die sozialdemokratischen Minister bestimmen zu hören, daß sie mit dem Namen Weiser, die christlichen deutschen Arbeiter befehdigen.“ Dieser Stil ist für die alldeutsche Presse typisch. — Diese Schimpfeereien verfolgen einen ganz bestimmten Zweck. Mit ihrem Geschrei über das neue Kabinett wollen die Alldeutschen die Welt darüber hinwegführen, daß das Kabinett wohl dem Frieden die Unterschrift gibt, daß sein Inhalt aber das Werk der Alldeutschen ist. Die eigentlichen Urheber dieses Friedens unterzeichnen ihn nicht, sie find im entscheidenden Augenblicke feige über die Grenze dekretiert.

Der Wortlaut für die Friedensunterzeichnung.

Weimar, 23. Juni. Die Präsident Bauer erklärte sich der Regierung die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form gegeben: Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 (Diese Artikel betreffen die Abrechnung des früheren Kaisers und die Auslieferung anderer deutscher Persönlichkeiten) zu übernehmen.

Weimar, 23. Juni. Die Vertreter der deutschen Unteroffiziere haben bei dem Reichsminister Aulic eine Ausrufung zur Bestätigung an die Regierung und an die Nationalversammlung überreicht, die sich gegen die Auslieferungsforderung richtet und weiterhin die Abänderung aller bisherigen Punkte des Friedensvertrages verlangt, die eine Verletzung der deutschen Ehre bedeuten. Eine ähnliche Einwendung sollen die Generäle gemacht haben.

Die in Weimar versammelten finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen der Friedensdelegation haben infolge der Stellung der neuen Regierung zur Friedensfrage sämtlich ihre Mandate niedergelegt.

Ein Ablehnungsgrund?

Weimar, 23. Juni. Die Reichsregierung hatte bis gestern noch keine amtliche Mitteilung über die Vorgänge in Scapa Flow erhalten. Die Vorgänge bedeuten ohne Zweifel eine Verletzung des Waffenstillstandsvertrages, man ist hier aber der Ansicht, daß die Reichsregierung und die Marineleitung für die Verletzung der deutschen Flotte nicht verantwortlich gemacht werden kann, da sie von einzelnen Marineangehörigen verübt ist, auf die die Flotte zurzeit keinen Einfluß ausüben kann und mit denen sie keine Verbindung aufrecht erhält. Im Zentrum herrscht große Befürchtung, da es fürchtet, die Entente könne jetzt die an die Unterzeichnung des Friedensvertrages geknüpften Bedingungen ablehnen.

Berlin, 23. Juni. Über die Verletzung der Kriegsstille in Scapa Flow liegen an hiesigen amtlichen Stellen eigene Nachrichten nicht vor. Es wird nur berichtet, daß die in Scapa Flow herrschenden Seeverhältnisse eine Hebung der Flotte unmöglich machen, da die Schiffe durch die starke Meeresströmung in kurzer Zeit gründlich zerfetzt sein dürften. Nach die auf den Strand gestrandeten Schiffe dürften bei der selbigen Beschaffenheit der Küste kaum zu retten sein. Die Internierung der Mannschaften, die die Schiffe nicht verlassen durften, hatte die Stimmung sehr unangenehm beeinflusst und das monatelange Zusammenleben an Bord die sogenannte Panzerplattenkrankheit erzeugt. Die Engländer verhielten sich anfangs ziemlich loyal, bis ein Kommunikationsoffizier an Bord des Flaggschiffes ein Ende herbeiführte. Da griß die englische Admiralität ein, ließ die Funkanlagen sämtlicher Schiffe abstellen, ließ die aufreihenden Mannschaften nach Hause und stellte die Zurückgebliebenen unter strenge Kontrolle. Die Stimmung gegen England wurde infolgedessen unter den Matrosen immer erbitterter. Daraus mußerten die Engländer weitere 1860 Mann aus und schickten sie nach Deutschland zurück, wo sie vorgetrieben angekommen sind. Das alles hat wohl dazu beigetragen, unter den Befehlungen den Entschluß zu lassen, die Kriegsschiffe der Seeregierung durch die Entente zu-entziehen. Zum Verleuten genügt es, die Bodenlöcher zu öffnen, doch die glückselige Konstruktion der deutschen Schiffe bewirkte es, daß sie sich noch jundenlang über Wasser hielten und die Engländer erst sehr spät bemerkten, was vor sich ging.

Unruhen in Marahheim.

Manahheim, 23. Juni. Bei Lebensmitteltravemünde gab es insgesamt 11 Tote und 26 Verletzte.

Mündliche Verhandlungen in St. Germain.

Wien, 23. Juni. Der deutschösterreichischen Friedensabordnung in St. Germain ist mitgeteilt worden, daß die Entente noch vor Bekanntgabe des Schlußtextes der Friedensbedingungen über die Wiener Gegenvorschlüge, nämlich die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, mündliche Verhandlungen abzuhalten wolle.

Übertragung der Verhandlungsvollmachten an Herrn von Haniel.

Berlins, 23. Juni. Die deutsche Regierung hat dem Grafen von Haniel, welcher augenblicklich die deutsche Delegation in Versailles leitet, die Vollmacht übertragen, Unterhandlungen über den Wähltag des Friedens zu führen, Unterchriften zu geben und Unterchriften in Empfang zu nehmen.

Briefkasten.

Verband der Lithographen und Steindruckere. Lübeck ist unbeschränkter Großstadt. Die Vorstädte Travemünde, Schlutup, Kremplsdorf, Bornwerk zählen selbstverständlich mit. Die Einwohnerzahl beträgt rund 117 000 Seelen.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gardinen

(Hauptinserat)

ganz außergewöhnlich billig.

Künstler-Garnituren

2 Flügel 1 Überfall

61⁰⁰ 90⁰⁰ 130⁰⁰ 155⁰⁰

Gardinen meterweise

das Meter

1250 1600 1950 2600

Borden und Scheibengardinen

400 750 975 1250

Halbstores

mit und ohne Volant in jeder Dreislage.

Tüll-Bettdecken

1- und 2-bettig

90⁰⁰ 125⁰⁰ 195⁰⁰ 235⁰⁰

Portieren

Kochelleinen - Charakter

29⁰⁰ 49⁰⁰

Auf Extra-Tischen ausgelegt:

Gardinenreste und Abschnitte

325 575 710 900 1425 2300

Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

Eischränke

alle Größen billig.

mit dänischer frischer
Kautabak
wieder vorräthig. (8914)
Schumacherstr. 14 (Nichtau.)

Deutscher
Transportarbeiter-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher in der
Kolonialwarenbranche
beschäftigten Kutscher,
Lagerarbeiter und
Arbeiterinnen
am Dienstag, dem 24. Juni
abends 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Das Erscheinen sämtlicher
Kollegen ist dringend notwendig.
Mitgliedsbücher müssen vorge-
zeigt werden.
(8902) Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratische Frauen.

Mittwoch, den 25. Juni:
Ausflug
mit Kindern
nach Padelügge.
Treffpunkt 2 1/2 Uhr am Bindendag
Abmarsch präzise 2 3/4 Uhr.
Um zahlreiches Erscheinen
ersucht
(8901) Das Komitee.

HANSA THEATER

Montag: Prinz u. Bettlerin.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Höchstleistung
spannender Sensation!

Prinz und Bettlerin

Militärausstattungsstück von
S. V. Lutz (8919)
(Verf. von Krone u. Fessel).
1. Prinz Michael d. Bucklige.
2. In die Falle gelockt.
3. Der Kampf i. Roten Schloß,
Michaels Hochzeitsabend.
4. Ein Gottesgericht.
Mittwoch:
„Zapfenstreich.“

Stadthallen-Theater Lübeck.

Montag, den 23. Juni,
im Stadthallengarten:
Volkstümliches Konzert.
Dienstag, den 24. Juni:
Frühlingsluft.
Mittwoch, den 25. Juni:
nachmittags 4 Uhr,
im Stadthallengarten:
Großes Konzert
Abends 7 1/2 Uhr:
Emilia Galotti.

Stadthallen-Theater Lübeck.

Montag, den 23. Juni,
im Stadthallengarten.
Anfang 8 Uhr.
Volkstümliches Konzert.
Orchester des Vereins der
Musikfreunde Lübeck.
Dirigent: Kapellmeister
Kurt Blumtritt.
Eintritt Mk. 1, Dutzendbillets
Mk. 10.

Achtung!
Der Feilenkeller ist
wieder geöffnet.
Job. Greve,
Feldstraße 16.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 25. Juni 1919, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.
Tagesordnung:
1. Wahl eines Ortsleiters.
2. Wahl der Delegierten zur Kantonsferenz.
3. Beratungen über die Statutenänderung.
4. Abrechnung vom Vorj.
5. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.
Central-Hallen.
Morgens Dienstag: **Gr. Tanzkränzchen**
Sonntags: **Gr. Tanzkränzchen.** (8911)

Gewerkschaftskartell Lübeck.
Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr:
Öffentliche Volksversammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Die Fleischversorgung auf kommunistisch-sozialistischer Grundlage.
Referent: Genosse **Wilhelm Schäfer**, Hamburg.
2. Die Lübecker Verhältnisse. Referent: **G. Rypl**, Lübeck.
3. Freie Aussprache.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Kartellkommission.
Konzerthaus Fünfhausen
Dienstag, den 24. Juni:
Vornehme Ballmusik. Anfang 6 Uhr.
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen. A. W. Neumann.

„Jene Schurken“.

Der von den Kriegervereinen gegründete „Reichs-Krieger-Dank“ soll eine gänzlich unpolitische Einrichtung sein. Der „Reichs-Krieger-Dank“ ist aber ebenso unpolitisch wie die Kriegervereine selber.

Dafür als Beweis eine Rede, mit der der Kriegerverbandstag in Neustettin eröffnet wurde. Nach dem Bericht der „Neustettiner Zeitung“ vom 13. Juni führte der Vorsitzende des Verbandes, Landrat a. D. Junter von Bonin-Wahrenbusch aus, er wolle keine politische Rede halten, fuhr aber im selben Atemzug fort:

Aber das darf und muß ich sagen, daß dieser Zusammenbruch nur möglich war durch das Zusammenwirken der äußeren und inneren Feinde unsers Volkes. Unmittelbar vor dem Endsieg, den die Sozialdemokratie von Anfang des Krieges an geführt hatte, fiel sie, unterstützt durch russisches und englisches Gold, unsern tapfern Heer in den Rücken, nachdem sie in jahrelanger zielbewusster Arbeit dessen patriotische Gesinnung und kriegerische Tüchtigkeit untergraben hatte. Ein größeres Verbrechen ist wohl niemals von einem Volke begangen worden, solange die Welt steht! Und so kam es, daß eine Handvoll meinelidiger Verbrecher die Gewalt im Staate an sich riß und unser altes teures Preußen in Trümmer schlug.

Wir wollen uns hier nicht mit den schmutzigen Lügen und Schimpfereien aufhalten, die dieser Junter über die Haltung der Sozialdemokratie verbreitet, sondern nur die Frage stellen, wie weit diese Heuchelung als unpolitisch angesehen werden kann. Dasselbe gilt von der folgenden:

Die sogenannte Nationalversammlung hat bekanntlich beschloffen, daß die Farben des Deutschen Reiches nicht mehr schwarz-weiß-rot sein sollen, unter denen wir alle gelebt haben, sondern schwarz-rot-gold. Es ist kaum zu glauben, daß sie damit sich selbst oder die Revolution verpöten wollten, aber die Deutung dieser Farben, die mir kürzlich begegnete, ist doch wohl die einzig richtige: schwarz liegt die Zukunft vor uns, blutig rot ist die Gegenwart und gelb die Vergangenheit, um die jene Schurken das deutsche Volk bezogen haben!

Sehr interessant ist auch, daß nach der Ansicht dieses Kreisvorsitzenden die Kriegervereine weiter sozialdemokratische und demokratische Mitglieder ihren Reihen fernhalten sollen. Junter Bonin sagte nämlich:

Und weiter, lieben Freunde, seien Sie vorsichtig bei der Aufnahme neuer Mitglieder! Ich will damit nicht sagen, daß Sie jeden Kameraden ablehnen sollen, der einmal einen roten oder rosa Wahlzettel — das ist kaum noch ein Unterscheid! — abgegeben hat. Die allermeisten der demokratischen Wähler sind ja arme betörte Leute, die sich der Tragweite ihrer Handlungsweise gar nicht bewußt sind. Aber hüten Sie sich davor, Agitatoren anzunehmen, oder Leute, von denen zu befürchten ist, daß sie die anständigen, patriotischen Kameraden aus den Vereinen hinausdrängen, und sich der Leitung der Vereine bemächtigen könnten. Das wäre das Grab der Kriegervereine!

Bonin geht noch weiter. Er will die Kriegervereine bereits für die Gegenrevolution mobil machen, indem er ausführt: Vor etwa 20 Jahren oder länger habe ich ein Buch gelesen, das die Ereignisse der letzten 8 Monate mit verblüffender Richtigkeit voraus sagte, einschließlich der uns noch bevorstehenden Ereignisse wie der wirklichen Hungersnot und des Menschengreifens in den Großstädten, das in Berlin ja schon angefangen hat. Wie nun in jenem Buch alles drunter und drüber geht, jede Ordnung und Gestalt aufgelöst ist, da treten die Kriegervereine an, marschieren in strammem Gleichschritt durch die Straßen und stellen die Ordnung wieder her.

Meine lieben Kameraden, halten Sie sich bereit für den Fall, daß auch dieser Teil jener Prophezeiung uns nicht erspart werden sollte!

Solche Burschen wie dieser Bonin „haben den Regierenden der Entente das Material geliefert, auf das sie die Verantwortlichkeit des deutschen Volkes für die Kriegführung gründen. Diese schmutzige Gesellschaft fühlt sich wieder und glaubt, ihre verlorene Macht wiederzugewinnen. Darin wird sie sich verrechnen. Ein einiges Proletariat wird den Herrenbüchel gründlich aussurotten verstehen.“

Der Prozeß Ledebour.

Am Donnerstag begannen die Plädoyers der Verteidigung.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Der Schriftsteller Georg Ledebour, der vor Ihnen steht, ist ein Politiker von Weltkaliber. Er ist in der ganzen politischen Welt nicht nur bekannt, sondern auch geachtet. In einem der Kommissionszimmer des Reichstages hängt ein Bild, das die bedeutendsten Mitglieder des deutschen Reichstages zeigt. Dieses Bild zeigt auch den Abg. Ledebour. Ihnen hier wird dieser Mann besonders durch den Zug der Offenheit und Wahrheit bemerkenswert gemordet sein, der sein Wesen kennzeichnet. In rühmlichster Offenheit hat er den Geist seiner Handlungen hier dargelegt. Der Staatsanwalt hat sich gestern dagegen verwahrt, daß die Politik in diesem Saale ihren Einzug halte; und doch war seine Rede eine durchaus politische Rede. Die Rede hatte das Ziel, Ledebour für alles verantwortlich zu machen, was sich in den Dezember- und Januar Tagen ereignet hat. Ledebour ist schuld an der Besetzung der Zeitungen und für alle Dinge, die auch außerhalb Berlins sich ereignet haben; Ledebour trägt die Schuld, möglicherweise auch an der Mordzentrale, die hier erwähnt worden ist und die der Staatsanwalt zum Beweis in seinen Ausführungen als bestehend anerkannt hat. Man hatte bei den Ausführungen des Staatsanwalts zum Beweis das Gefühl, das man hat, wenn ein Gymnasiast sich über das Vorleben seines Vaters ausläßt. (Der Vorsitzende rügt diese Wendung.) Die Regierung und die von ihr beauftragte Staatsanwaltschaft haben allen Anlaß, diesen Mann zu fürchten. Man hat ihn verhaftet, während er mit der Regierung verhandelte. Man hat ihn also verhaftet, während er der Parlamentarier der kriegsführenden Partei war. Als man ihn dem Klawunde brachte, sagte dieser: „Ich weiß nicht, weshalb Sie hier sind.“ Wenn der Prozeß etwas beweisen hat, dann hat er den Beweis erbracht, daß die Spartakuswoche, wenn von der Militärkamarilla vielleicht auch nicht gemacht, so doch von ihr verhandelt worden ist. Der Staatsanwalt hat gestern hier von dem Kampfe des Individualismus gegen den Kommunismus gesprochen. Darum handelt es sich jedoch nicht. Es handelt sich vielmehr darum, ob auch dieser Prozeß zum Vorteile für die Militärkamarilla, die im Begriffe ist, Deutschland in einen neuen Krieg zu führen, ausschlagen soll, ob auch die Band der Geschworenen an den Seiten dieser Militärkamarilla gespannt werden soll. Es ist ja nun die Frage aufgeworfen, ob dieser Prozeß durch das Strafgesetzbuch gedeckt werde. Der Staatsanwalt hat so getan, als ob alles beim alten geblieben sei. Wenn man ihn hörte, konnte man zu der Annahme kommen, die Revolution sei nur gemacht worden, daß Deutschland in Ebert dem Einzigen einen Reichspräsidenten bestimme. (Vorsitzender: Ich bitte die Person des Reichspräsidenten aus dem Spiele zu lassen.) In Wirklichkeit sind während der Revolution und von den Revolutionären die meisten Paragraphen des Strafgesetzbuches verkehrt worden. Die Revolution selbst war vom Standpunkte des Strafgesetzbuches ein ungeheures Verbrechen. Und auf diesem Verbrechen beruht im wesentlichen die Macht der Leute, die heute in den Ministerjesseln sitzen. Wie steht es mit dem Anteil der Herren Ebert und Scheidemann an der Revolution? In welchem Maße haben sie sich schuldig gemacht, wenn sich der Angeklagte schuldig gemacht haben soll? Der Herr Staatsanwalt Gysae hat gestern von zweierlei Revolutionären gesprochen: die eine Kategorie kommt zur Macht, die andere ins Zuchthaus. Ich war über diese Auslegung umso mehr erstaunt, als sie den Standpunkt vertritt, daß der Aufruhr gegen die legitime alte jahrhundertlang bestehende Gewalt, die ihr selbst eingelegt hat, straflos sei, während die Erhebung gegen die illegitime Gewalt des Schwurgerichtes bestrafbar ist. Das revolutionäre Unternehmungen straflos bleiben müßten, darüber waren sich Sozialdemokraten und Unabhängige lange Zeit einig? Amso größer ist die Felsion (Trennung) und Infamie, die darin liegt, Teilunternehmungen der Revolution jetzt vor das bürgerliche Schwurgericht zu bringen.

Wir haben es sodann mehrfach erlebt, daß wir, der Angeklagte und die Verteidigung, mit Beweisanträgen nicht durchgedrungen sind. Wenn wir den Prozeß in seinen Grundzügen erschließen wollten, wenn wir an die Quelle des Prozesses klopfen, so schloß die juristische Formel ein und der Vorhang senkte sich. Wir wollten den Minister Heine hierher kommen lassen, damit er hier seine Beweise austragen könne — das Gericht sah es als unerheblich an. Wir wollten Landsberg hier sehen, weil er das sogenannte Dokument der Schuld, das von dem Angeklagten niemals unterschrieben worden ist, in den „Vorwärts“ lanciert hat — sein Zeugnis war nach der Ansicht des Gerichtes unerheblich. Wir wollten hier Einigkeit in Altem nehmen. Sie waren unerheblich. Der Spiegel Kaland, mit dem die Staatsanwaltschaft gearbeitet hat, konnte in dem Moment, da er vor Gericht erscheinen sollte, von der gleichen Staatsanwaltschaft nicht gefunden werden.

Den Zeugen Thiesenhäuser hat der Staatsanwalt gestern selbst als „umstritten“ bezeichnet. Aber der gleiche Staatsanwalt hat es sich nicht verjagen können, die Aussagen dieses umstrittenen Zeugen auf Umwegen wieder in seine Kette angeblicher Beweise hineinzuschmuggeln. Auch der Graf Westarp war kein gewöhnlicher Zeuge. Dieser Mann aus gräflichem Geschlecht, der seine gräfliche Kinderstube dadurch bewies, daß er nach der Vorwärtsaufhebung eine Frau, die er für Rosa Luxemburg hielt, als Parteihure beschimpfte, ist auch kein gewöhnlicher Zeuge. Er war mit dem Staatsanwalt im Gefängnis, um mit einem Gefangenen über die Dinge, die hier zur Verhandlung stehen, sich zu besprechen. Er ist auch im Amtszimmer des Ersten Staatsanwalts gesehen worden. Er sagte von sich aus, daß er augenblicklich in Zivil Dienst tue, ohne daß er jedoch angegeben konnte, welcher Art dieser Dienst sei. Es geht ihm in diesem Punkte anscheinend wie dem Zeugen Fischer, der auch einem Berufe nachgeht, den man nicht angeben kann. Denn auch der Zeuge Fischer hat hier über den Beruf, den er augenblicklich ausübt, Schweigen beobachtet zu müssen geglaubt.

Der Verteidiger beschäftigt sich dann mit der dem Angeklagten zur Last gelegten Räubersührerschaft. Keine der Definitionen, die von unsern besten Rechtslehrern von dem Begriffe der Räubersührerschaft gegeben werden, trifft auf den Angeklagten zu. Zwischen der Besetzung der Zeitungen und der Angehörigkeit des Angeklagten zu dem Revolutionärausschusse besteht kein ursächlicher Zusammenhang, denn die Besetzung der Zeitungen war geschehen, als der Revolutionärausschuss gebildet wurde. Der Zeuge Heß, der es für seine Pflicht gehalten hat, von weiter in diesem Prozeße als Zeuge zu erscheinen, hat bestimmt bekundet, daß Ledebour, als er von der Besetzung erfuhr, im Tone der ehrfurchtigen Ueberzeugung auszusagen hat: „Das ist unerhört!“ Der Redner kommt sodann noch mehrmals auf das Verhalten des Angeklagten zu sprechen und stellt fest, daß Ledebour für einen Morgen zu Verhaftung aber verhaftet worden sei. Man brachte den Angeklagten ins Kronprinzenpalais, in dem auch die Sturmtruppen lagen, die dem Angeklagten gelinde gesagt, wenig gemogen waren. Sie waren ihm so wenig gemogen, daß man sagen kann: Ledebour schwebte im Kronprinzenpalais in Lebensgefahr. Meine Herren Geschworenen! In Anbetracht aller dieser Umstände werden auch Sie zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß dieser Prozeß mit dem Rechte nichts zu tun hat, daß Sie den Mann, der hier angeklagt ist, freisprechen müssen. Seien Sie sich der Zeit bewußt und denken Sie auch daran, welche Folgen, welche politischen Folgen die Beurteilung des Angeklagten Ledebours haben würden. Stellen Sie sich dagegen auf den Boden des Rechtes und verneinen Sie die Schuldfrage, so wird sich die politische Atmosphäre teilen und es wird ein verhängnisvolles Moment hineingetragen in diese Zeit des Kampfes und der Gegensätze der politischen und der wirtschaftlichen Interessen!

Rechtsanwalt O. B. geht der Beweisaufnahme, deren Ergebnisse bekannt sind, im einzelnen nach und fragt, worauf die Staatsanwaltschaft ihre Anklage nach diesem Ergebnisse eigentlich noch stützen wolle. Von der Anklage sei schließlich nichts übriggeblieben. Wenn man den Angeklagten für die Dezember- und Januarvorgänge verantwortlich machen wolle, so sei das eben so haltlos und töricht, als wenn man beispielsweise den General Ludendorff wegen der Kriegsgreuel auf die Anklagebank setzen würde. Der Redner beschäftigt sich ebenfalls mit den einzelnen Belastungszeugen und kommt zu dem Ergebnisse, daß die Vertretung der Anklage hier nicht einen einzigen Zeugen hat auftreten lassen können, der dem Gericht und jedem andern, der der Verhandlung beiwohnte, nicht moralisch anständig vorgekommen wäre. Charakteristisch war in dieser Beziehung die Rolle, die der Zeuge Thiesenhäuser spielte. Er behauptete, im Hofe des Maximilianenpalais Waffen ausgegeben worden, und zwar von Angeklagten. Als wir ihm mit Fragen auf den Leib riefen, schränkte er seine Aussage dahin ein, er habe bemerkt, daß sich der Angeklagte „um die Waffenausgabe gekümmert“ habe. Und als wir noch weiter in ihm drangen, blieb auch diese Aussage nicht bestehen, sondern sie schrumpfte ein in die Wendung, die Waffenausgabe sei „unter den Augen des Angeklagten vor sich gegangen“. Wenn der Staatsanwalt einen solchen Zeugen als „umstritten“ bezeichnet, so muß dies für einen Zeugen dieser Qualität geradezu als Schmeichelei erscheinen. Auch der Zeuge Wolff, der den Beweis dafür liefern sollte, daß der Angeklagte sich an einer Eisenbahn Sprengung vorbereitend beteiligt habe, hat sich so vorsichtig ausgedrückt, daß von seiner Aussage nichts übrig geblieben ist. Auch Rechtsanwält O. B. schildert die ganze damalige Rechtslage und kommt zu dem Schlusse, daß die revolutionären Handlungen des Angeklagten unmöglich vor einem bürgerlichen Gericht abgeurteilt werden könnten. Es ist bezeichnend für die Nachhaber, die die-

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fr. Kigel-Mainz.

82. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

12. Selbsthoper.

Der Schäferhanjer blühte durch den dichten Nebel nach oben, kopfte sich dann eine frische Weife und ließ sich wieder zwischen den Steinbrucharbeitern nieder.

„In ere veriel Stund werds heller sein.“ meinte er dann. „Bis der Mit mit de herrn vom Bauamt kimmt, denk ich, könne wir anfangen!“

Sie saßen am Eingang des etwa eine halbe Stunde von Liebenborn entfernten Bafalbruchs auf Steinbroden umher und warteten auf Herrn Lamprecht und die Kontrollbeamten der Behörde, um die von der letzteren den Besitzern auferlegten Sicherungsarbeiten in Angriff zu nehmen. Da das Kommen des Bauern offenbar durch den dichten Nebel verzögert wurde, der die Arbeiten behinderte, so vertrieben sich die Leute die Zeit mit Gesprächen. Das Thema des Prozesses gegen Paul Hüfer war, wenn auch der Prozeß schon vor fast zwei Monaten stattgefunden hatte, immer noch nicht erschöpft — immer wieder wußte der eine oder der andere der Leute einen neuen Punkt hervorzuholen, über den es sich zu disputieren lohnte. So hatte man das, was unter Notwehr zu verstehen sei, soeben eingehend durchgesprochen und war einig darüber, daß es sehr schwer zu bestimmen sei, was Notwehr oder Todschlag sei, als der Schäferhanjer, schalkhaft mit den Augen blinzelnd, sich an den alten Steinhauer Seppel wandte und demselben vordemselbrierte:

„Gut, Seppel — angenomme, bei Kathrine tät mit eme annern dorchtbrenne —“

„Des kimmt nit vor.“ meinte der Seppel treuherzig.

„Den möcht ich sehe, der mit dem seiner Kathrine dorchtbrennt!“ rief ein Spakvogel.

„Do tät der Seppel vor Bergniege e Rad schlage, wenn er sie los wär!“ — ein anderer.

Wann auch der Schäferhanjer innerlich die Wahrscheinlichkeit der letzteren Annahme anerkennen mußte, da dem Seppel seine Kathrine als eines der häßlichsten Weiber und als ein Drache erster Güte im Vorje bekannt war, so mahnte er doch gutmütig:

„Jetzt halt emal eier böse Mäuler und löst mich austred! Also angenomme, Seppel, bei Kathrine tät mit eme annere dorchtbrenne —“

„Sie brennt aber nit dorcht!“ beharrte der Seppel mit einem Brummentiefen Seufzer unter dem Gelächter der Kameraden.

„An du tästt bene zwaa nachlaafe.“ fuhr der Hanjer unbedirrt fort, „tästt den Kerl erwische —“

„Ich tät ihm ganz gewiß nit!“ meinte der Seppel und rief hiermit wieder ein brausendes Gelächter seiner Kameraden hervor.

„Der Kerl tät dir aa hinter die Ohre hage, un du tästt dein Karcht oder dein Staahaammer oder was du löstt bei der Hand tästt, nemme und tästt —“

Hier wurde der belehrende Vortrag des Schäferhanjer über Notwehr abermals unterbrochen und zwar durch ein Geschrei, das sich in einer kurzen Entfernung von dem Steinbruche erhob. In dem Nebel sah man undeutlich zwei Gestalten, von welchen die eine vor der anderen flüchtete. Jetzt hatte der Verfolger sein Opfer erreicht, man hörte wiederholt ein zorniges: „Gibst du de Brantwein har! Gibst du de Brantwein har!“ — Dann folgte das Klirren einer zerstückelten Flasche und lautes Jammergeschrei verriet, daß die Hiebe, welche dort von der größeren Gestalt ausgeübt wurden, an Ausgiebigkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

„Hab ich mirs doch gedocht, daß er den Bub verwichelt!“ murmelte der Schäferhanjer. „No, jetzt kann sich der Zorn frei!“

Gleich darauf stand Gottfried Lamprecht mit zornrotem Gesicht vor den Arbeitern, während der geschreckte Handlangersbub, sich die Augen wischend, sich in den Hintergrund drückte.

„Wer hat den Bub gehaas, Brantwein zu hoke?“ herrschte er die Leute an. „Hab ichs nit aa for allemal verbotte, daß bei der Arbeit laan Schnaps getrunke werd? Wer hat ihn geschadt? Du Hanjer, mußt wisse!“

Da der Schäferhanjer keine Antwort gab, sondern nur verlegen mit den Achseln zuckte, wandte sich der Bauer wieder an den immer noch schluchzenden Buben und schrie denselben an:

„Wilst du mir jech sage, wer dich geschadt hot, oder soll ich dir die Jung löse?“

„Der Balzer!“ erwiderte unter Tränen der Bub, nachdem er sich durch einen Blick überzeugt hatte, daß der Balzer nicht unter den Arbeitern war.

„Natürlich, wider der Balzer!“ polterte der Bauer. „Wo steckst denn die Brantweineul, — ich jech ihn so gar nit?“

„Er is noch emol in de Wald, weil er gemant hot, es tät doch noch e halb Stunde dauern, bis wir anfangen könnte!“ erklärte einer der Leute. „Jeden Augenblick muß er wider do sein!“

Mittlerweile waren die beiden Herren, welche Gottfried Lamprecht begleitet hatten, näher herangekommen und zogen, nachdem sie die Arbeiter kurz begrüßt hatten, ein Papier hervor, auf welchem der Steinbruch im Grundriß gezeichnet war. Gottfried Lamprecht und der alte Schäferhanjer, welcher letzterer schon als junger Bursche in dem Steinbruch gearbeitet hatte, gaben die nötigen Erläuterungen und ein lebhaftes Gespräch darüber, wie die Arbeiten auszuführen seien, entspann sich.

Unter dem Einfluß einer frischen, von Osten herwehenden Brise begann sich der Nebel allmählich zu verziehen. In langen Streifen flatterte er um die manchmal unter einem Sonnenblitz ausglänzenden kahlen Äste der laublosen Wälder; immer deutlicher konnte man die etwa fünfzig Meter hohen Bafalwände im Innern des Steinbruchs erkennen. Dort oben, vielleicht dreißig Meter über dem Boden, hing die gefährdrohende Felsmasse, fast freisühwend in der Luft — ein gewaltiger Block, der durch die vor einigen Tagen vorgenommenen Sprengungen freigelegt worden war und der allerdings jeden Augenblick herabzustürzen drohte.

Auf die Meinung der beiden Beamten hin, wurden jetzt lange Sprichhaken von den Arbeitern in den Steinbruch hineingetragen, und Gottfried Lamprecht begab sich mit den Herren in das Innere des Bruchs, um den Leuten die Stelle anzuweisen, wo das notwendige Schutgerüst aufzustellen werden sollte.

Gerade befanden sich die Männer, wieder eifrig diskutierend, in der Mitte des Bruchs an einer Stelle, welche direkt unter dem hängenden Felsblock lag, als lautes Rufen von dem Eingang hergeschallte und Dorthin Lamprecht leuchtend in das Innere gestürzt kam. Mit scharfen Augen hatte sie während ihres rasenden Laufes an der obersten Wand des Steinbruchs, gerade über der Stelle, wo der Felsblock hing, eine Gestalt gewahrt, die sich, zwischen Büschen versteckt, etwas am Rand des Abgrundes zu schaffen machte. Sie erkannte das unheimliche bleiche Gesicht des Balzers, sah in dessen Hand etwas aufblitzen — jetzt neigte sich der Bursche über den Rand —

„Hinaus aus dem Bruch, um Gotteswille, der Balzer sprengt den Fels emumer!“ schrie sie mit gellender Stimme und während die Männer, schnell die Gefahr begreifend, nach dem Ausgang flüchteten, eilte Dorthin auf den Vater zu, der stehen blieb, sie in starrem Erstaunen anblickte und denselben am Arme mit sich fortziehend, suchte sie verzweifelt: „Schnell, Vatter, um Gotteswille, ehs zu spät is!“

Ein donnerndes Krachen durchzitterte in diesem Augenblicke die Luft, dem ein Gepolter folgte, als stürzten mehrere Gebäude zusammen. In zahllose Stücke zerbrochen, stürzte die drohende Felsmasse in die Tiefe, das ganze Innere des Bruchs in eine dichte Staubwolke hüllend, aus welcher es fortwährend wie Klein- gewehrfire von dem nachfallenden Gestein prasselte. Lobensbergs standen die soeben einer ungeheuren Gefahr entgangenen Männer am Eingange des Bruchs, totenbleich stand Gottfried Lamprecht da und starrte wie ein Verzweifelter in den schwarzlich grauen Mist hinein, dann rang es sich besser von seinen Rippen: „Dortste, mei Kind, wo is mei Kind?“ und ohne sich rühren zu lassen, nach ihm ausstretenden Armen zurückhalten zu lassen, fixierte er in das Innere des Bruchs zurück.

Fortsetzung folgt.

ten Prozeß veranlaßt haben, daß sie heute einen Mann, mit dem sie selbst jahrzehntlang an der Vorbereitung der großen deutschen Revolution gewirkt haben, vor das Schwurgericht bringen! Folgen Sie diesen Mächthabern darin nicht, folgen Sie Ihrem gesunden Rechtsempfinden, dann werden Sie nur zur Verneinung der Schuldfragen kommen können.

Staatsanwalt Gysae wendet sich noch in einer kurzen Rede gegen den Rechtsanwalt Herzfeld, insbesondere verteidigt er die verschiedenen Zeugen der Staatsanwaltschaft. Dann wird die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erhöhung der Schlachtviehpreise.

Das Reichsernährungsministerium erhöhte die Schlachtviehpreise für Rinder mit sofortiger Wirkung in folgender Weise. Für Schlachtvieh Klasse a Mk. 130 für einen Zentner ab Stall; Schlachtviehklasse b Mk. 110 für einen Zentner ab Stall; Schlachtviehklasse c Mk. 80 für einen Zentner ab Stall. In Verbindung mit dieser Preiserhöhung ist eine Regelung der Preise für die hauptsächlichsten Nutzviehhaltungen in Aussicht genommen, um die zwischen Nutz- und Schlachtviehpreisen bestehende „ungeheure Spannung“ zu mildern.

Die Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten.

In Berlin fand eine sehr erregte Post- und Telegraphenbeamten-Versammlung statt. Es machte sich scharfe Streikluft bemerkbar. In mehreren Entschliessungen wurde die sofortige Auszahlung der vorerhaltenen Betriebszulagen von 240 Mk., ferner die Erhöhung der Steuerzulagen auf 350 Mk., rückwirkend vom 1. April, und eine Entschuldungssumme von 1000 Mk. für Ledige, 1200 Mk. für Verheiratete und 200 Mk. für jedes Kind gefordert. Eine Kommission wurde damit beauftragt, dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichsfinanzministerium sofort die Forderungen zu unterbreiten und auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen.

Großgrundbesitzer als Befehlshaber.

In Schivelbein haben verschiedene Großgrundbesitzer, um auf ihre streikenden Landarbeiter einen Druck auszuüben, ohne Wissen des Landrats, Militär aus Kolberg, und zwar vom Freikorps Hindenburg, nach Schivelbein beordert und auch bekommen. Die Arbeiterchaft fordert die sofortige Zurückziehung des Militärs, da blutige Zusammenstöße sonst unvermeidlich sind. Die Erregung ist hochgradig. — Den Sunkern muß unverzüglich der Text gründlich gelesen werden.

Kleine politische Nachrichten.

Württemberg will bis zum 15. Juli die Arbeiter- und Bauernräte auflösen. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat dagegen Verwahrung eingelegt. Es sollen nun mündliche Beratungen stattfinden.

Genosse Friedrich Stampfer ist von seinem Posten als Chefredakteur des „Vorwärts“ mit Rücksicht auf die gesamte politische Situation zurückgetreten.

Der „Vorwärts“ wird von einem Teil der Berliner Gewerkschaften, in denen die Unabhängigen das Übergewicht haben, boykottiert. Jetzt haben die Handlungsgehilfen und auch die Buchhändler beschlossen, wieder im „Vorwärts“ zu inserieren.

Der Streik im Waldenburger Bergrevier ist beigelegt. Die Staatsregierung soll um Einführung der Siebenstundentage, die Verwaltungen um Erhöhung der Löhne und Erhöhung von Ferien ersucht werden. Bis zur Entscheidung wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Kriegsminister Reinhardt ist zurückgetreten.

Der Selbsterlöschungszustand ist über Kassel wegen umfangreicher Wälderänderungen verhängt worden.

Aus Nah und Fern.

Der Flug über den Ozean. Der Führer des Vimy-Fluges, Kapitän Ncock, erzählte einem Vertreter der „Daily Mail“ über seinen ohne Zwischenlandung gelungenen Ozeanflug folgenden:

Wir haben weder Sonne und Mond, noch Sterne gesehen, sondern nur Nebel und abermals Nebel, und zwar war der Nebel so dicht, daß man nicht fünf Meter weit sehen konnte; zeitweise mußten wir sehr tief herabgehen, um überhaupt unser Gleichgewicht wieder herzustellen. Wollte vier Stunden war unsere Maschine mit Eis überzogen, da wir durch eine sehr kalte und nasse Luftlage flogen; dann war der Nebel wieder so dicht, daß mein Schnelligkeitsmesser nicht arbeitete. Einige sehr gefährliche Augenblicke verbrachten wir dadurch, daß plötzlich unsere Maschine kopfüber gegangen war und in Spiralen abwärts stürzte. Glücklicherweise blieb beständig Westwind. Die ganze Flugreise wurde in 16 Stunden zurückgelegt. Unsere Freude war sehr groß, als wir die Insel Turbot, fünf Meilen westlich Giffon, sahen. Die ersten Leute, die wir trafen, hielten uns für die Besatzung eines der Luftfahrzeuge, die nach dem Verbleib unseres Flugapparates suchen sollten. Unter der Kälte und Erschöpfung haben wir nicht sehr gelitten, wenn man aber über den Rand der Kajüte hinaus sah, blies einem der Wind infolge der intensiven Kälte buchstäblich Löcher in die Backen. Wir tranken Kaffee und Mele und aßen Butterbrot und Schokolade. Als wir landeten, hatten wir nur zwei Drittel unserer Benzinvorräte verbraucht. Es war für uns sehr ärgerlich, daß die Maschine im letzten Moment bei der Landung noch beschädigt worden ist. Das Flugfeld war zum Niedergehen sehr geeignet, aber die Räder sanken sofort tief ein, und da wir noch viel Kraft hatten, stellte sich der Apparat senkrecht und wurde stark beschädigt.

Triviale Vernichtung nützlichen Materials. Seit einigen Tagen berichten Pariser Zeitungen, daß die englisch-amerikanischen Heeresleitungen das Kriegsmaterial, welches sie nicht heimbefördern können, darunter Tausende von Automobilen und eine Unmenge von Kleidungsstücken, Tischen, Stühlen und Kriegsmaterial vernichten. Die französische Regierung verbot in ihrem bürokratischen Geiste, das Material anzukaufen, wahrscheinlich weil gewisse Industriekreise in der Befürchtung, daß ihre Produktion nicht abgesetzt werde, wenn billiges Material auf den Markt komme, ein Veto einlegten. Wie „Echo de Paris“ erfährt, setzte die amerikanische Regierung jetzt eine Liquidationskommission ein, welche mit der französischen Regierung im Hinblick auf die Übernahme verfügbar gewordenen Materials in Verhandlungen eintreten soll.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Mittel für Beihilfen zu den Kosten der Errichtung von Wohnungen in bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Räumen privater Gebäude sind von der Behörde für Wohnungsfrage an den Bezirkswohnungskommissar übergegangen. Anträge auf Gewährung von Bauförderungen und Darlehen für den Ausbau solcher Räume sind in Zukunft an den dem Bezirkswohnungskommissar beigeordneten Baudirektor Baltzer, Mühlendamm 10, zu richten.

Lübeck, den 21. Juni 1919.

3876

Die Behörde für Wohnungsfrage.

Der Bezirkswohnungskommissar.

Der Vorsitzende des Landesvorstandes.

Entschl. den 17. Juni 1919.

Die diesseitige Bekanntmachung vom 19. August 1917 wegen Abgabe von fetthaltigen Wachsmiteln an Wiederverkäufer wird aufgehoben, soweit es sich um K.-A.-Seife handelt.

Demnach kommt die Einziehung der von der Kundschaft eingesammelten Seifenkartenabschnitte nur noch für Seifenpulver an den Landesvorstand in Frage.

3896

Dr. Meyer-Rodenberg.

Prüfung für Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen.

Meldungen für die diesjährige Prüfung sind auf dem im § 5 der Prüfungsordnung bezeichneten Wege bis zum 27. Juni d. Js. bei uns einzureichen. (3859)

Lübeck, den 19. Juni 1919.

Ernährungsausschub des Arbeiterrats.

Sämtliche Zuschriften in Ernährungsfragen sind bis auf weiteres schriftlich bei Herrn Knapp, Waisenhoffstraße 29, I einzureichen. (3909)

Ernährungsausschub des Arbeiterrats.

Personen, die an beschlagnahmten oder sichergestellten Lebensmitteln berechnete Ansprüche zu haben glauben, wollen sich schriftlich an Herrn Knapp, hier, Waisenhoffstraße 29 wenden. (3908)

Margarete Lentner Johannes Kieckbusch

Verlobte. (3895)
Vorwerk Rensefeld.

Sofort ein tüchtiger Schneider gesucht.

Karl Warkentin, Schneidermeister, Georgstr. 195. Eine schwarze Bluse, Gr. 44, zu vert., Preis 18 Mk. (3880)
Kottwitzstr. 18, II, z.

Blauer Seidenrock zu vert.

3883) Gewandstr. 58, II.

Ein Stoffschrank zu vert.

3912) Lichte Querstr. 22.
Hörzganghalter billig zu vert. 1 Gängelampe m. rotem Schirm u. Kuppel, 1 Bett u. Spitz-Gas, 1 Spitz-App. IX, 12, u. Spitz-Abheberschle, 1 Stroman. m. 18 Pl. 65 Pl., 1 Sportw. m. G. 17 u. 30 Pl., zu vert. Kottwitzstr. 58, I, r. (3879)

3 vert. schw. orn. Jagdhut billig, hübsche Warendarstellungen.

3900) Siegelstr. 12, I, l.

Dem geehrten Publikum von Travemünde und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß wir am 24. Juni 1919 ein

Obst- u. Grünwaren-Geschäft in Travemünde, Kurgartenstr. (Haus Wäldern) eröffnen. (3918)
Händl. & Steenhagen.

fr. Frischkäse Schafkäse (3915) fett, pikant. Schlumacherstr. 14 (Restaurant).

Kleingarten-Jahrbuch für 1919. 1.- Mk.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Buchhandlung.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. e. G. m. b. H.

Nachdem wir für unser Kontorpersonal die durchgehende Arbeitszeit eingeführt haben, ist unser Kontor, Sanitätsstraße 160, ab 23. Juni 1919 (3886)

von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr geöffnet.
Der Vorstand.

Die Nacktheit. 12

Behördlich freigegeben. 20 verschied. entzückende Akt- und Modelkkarten. 20 Karten Mk. 5.—, 100 Karten Mk. 12 50. Porto extra. Interessante Bücherliste 20 Bfg. Voreinsendung oder Nachnahme O. Fischer, Berlin-Kalensee, Marktgraben-Albrechtstr. 4. Postfach 52/40, Berlin. (3891)

Anwerbsstelle Baltenland Zweigstelle Lübeck, Braunsstraße 15,

nimmt auch fernerhin noch Freiwillige an zu den bekannten Bedingungen. Besonders wird nochmals hingewiesen auf die so überaus günstige

Siedlungsmöglichkeit im fruchtbaren Baltenlande

nach Abschluß der Kämpfe. Wer sich einen schönen Hof erwerben und sich eine sichere Existenz gründen will, wende sich an die Anwerbsstelle Baltenland. Die eigene Zeitschrift in der „Baltenmarkt“ (Preis 75 Bfg.) und „Kurland“ (Preis 1 50 Mk.) stehen zur Verfügung. 3893

Werbezentrale Lübeck.

! Achtung!

Zahle für Kupfer, Blei, Zink, Messing, Gasen- u. Kaninchenfelle höchste Tagespreise. Ausgekämmtes

Frauenhaar 3881) Pfd. 8,00 Mk. Für Hausstandslumpen zahle pro Pfund 25, 40 u. 60 Bfg. 8 Kl. Schränken 8

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (3889) Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voh, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Huxstraße 71.

Hausstandslumpen, Pfund 12 Bfg. aufwärts, Stutz-Pferdhaare, Pfund 10 Mk. aufwärts, Eisen, Metall, Papier, Zeitung, Knochen, Käh-, Mähnen- u. Schweinehaare kauft zu höchsten Tagespreisen. (3888) Tel. 2302. Waisenhoffstr. 25.

Die Lübeds Bevölkerung!

Die Ereignisse des 14. Juni 1919 haben klar erwiesen, daß die bestehenden staatlichen Einrichtungen und ihre bestellten Leiter nicht imstande sind, Lübeds Bevölkerung vor Raub und Plünderung zu schützen. Die Befürchtung ist nicht abzusehen, daß das, was sich am 14. Juni 1919 in Lübeds Mauern abgespielt hat, sich in Zukunft wiederholen kann, wenn nicht rechtzeitig für die Sicherheit der Bevölkerung und das Eigentum des Einzelnen Vorkehrungen getroffen werden.

Was nach dem Vorbilde anderer Städte längst hätte für Lübed geschaffen werden sollen, die Bildung einer Einwohnerwehr, soll jetzt endlich Wirklichkeit werden. Ein hierauf gerichteter Senatsantrag wird am Montag, dem 23. Juni 1919 die Bürgerchaft beschließen und fraglos Annahme finden.

Die Einwohnerwehr steht im Dienst des Staates und hat den Anordnungen der zuständigen Behörden Folge zu leisten. Ihre große und erste Aufgabe besteht darin, das, was für das Deutsche Reich Gesetz ist, was die Nationalversammlung und die Reichsregierung übereinstimmend für das Reich und die Gliedstaaten beschlossen, und das, was Bürgerchaft und Senat innerhalb ihrer Zuständigkeit für Lübed angeordnet haben, vor gewalttätigen Angriffen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu schützen, dann aber auch das Haus und den Besitz jedes einzelnen vor Raub, Plünderung und Gewalttätigkeiten zu schützen.

Soll die Einwohnerwehr ihrer Aufgabe gewachsen sein, muß sie sich aus allen Kreisen der Lübeder Bevölkerung zusammensetzen und einen zahlreichen Mannschaftsbestand aufweisen, um schon hierdurch abschreckend auf diejenigen zu wirken, die die Herrschaft der Straße herbeizuführen suchen.

Darum ist es Aufgabe jedes männlichen Bürgers Lübeds, der nicht will, daß in Lübed eine Pöbelherrschaft aufgerichtet wird, der Einwohnerwehr beizutreten, sofern ihn nicht körperliches Gebrechen oder hohes Alter von der Ausübung des Dienstes abhalten.

Die für den Dienst selbst nach den Anordnungen des Reichswehrministers maßgebenden Richtlinien sind solche, die von jedem sich Meldenden erfüllt werden können.

Der unterzeichnete Rat der vereinigten Berufe ist ins Leben getreten, um mit daran zu wirken, daß Ruhe und Ordnung in unserer Stadt dauernd herrsche. Daher erachtet er es als seine Aufgabe, an alle diejenigen Berufe, die ihm angehören, die dringende Aufforderung zu richten, für den sofortigen Eintritt ihrer Mitglieder in die Wehr Sorge zu tragen.

Der unterzeichnete Rat der vereinigten Berufe ist bereit, weitere Auskünfte über die Bedingungen der Anmeldung und des Dienstes selbst bekannt zu geben, sobald die Bürgerchaft das Geleg über die Bildung einer Einwohnerwehr verabschiedet hat und von den Behörden die nötigen Ausführungsbestimmungen erlassen sind. (3877)

Rat der vereinigten Berufe.

Für Reichswehr-Jäger-Batt. Nr. 9 in Rakeburg zu den immobilen Reichswehr-Bedingungen (mobile Wohnung des Dienstgrades, Mk. 8,00 tägl. Zulage, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft)

ein tüchtiger Sattler und ein tüchtiger Schneider

sofort gesucht. Bewerber können go. sein.

Meldungen mit Militärpapieren, polizeilichem Führungsergebnis und, falls noch nicht 21 Jahre alt, mit Einwilligungserklärung des Vaters vormittags von 9—12 Uhr auf der Werbe-Zentrale Lübeck, Marti-Kaserne, Stabsgebäude.

Gute Nahrung

braucht das Leder, sonst bricht es frühzeitig. Verwenden Sie nur Delwachs-Lederputz (3892)

Nigrin

und Ihre Schuhe bleiben gut.

Schutzmarke

3892